

Die Zukunft der Landwirtschaft.

Dr. Heim gegen ein Zollbündnis mit Oesterr.-Ungarn.

München, 5. Juni.

Drahtmeldung der „Bösischen Zeitung“.

In der handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns sprach am Montag Geh. Landesökonomierat Dr. Heim über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Die Gerechtigkeit verlange, daß die Opfer, die die Landwirtschaft im Kriege gebracht habe, anerkannt werde. Wir haben gesehen, daß wir uns auf niemand verlassen können als auf uns selbst. Oesterreich braucht das, was es hat, selbst. In den landwirtschaftlichen Verhältnissen des Friedens werden wir nicht mehr zurückkehren. Die Landwirtschaft sei eine sehr empfindliche Pflanze, die, einmal zerstört, nicht wieder ausgerichtet werden könne. Daher sei jeder Zwang soweit wie möglich zu vermeiden. Der Redner gab der Meinung Ausdruck, daß nach dem Kriege wegen des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften der Landbau mehr extensiv als intensiv sein werde. Mit einer Zollfreiheit für die ersten Jahre nach dem Kriege könne man einverstanden sein, wenn auch dadurch nicht viel gewonnen werde. Es sei wohl erwünscht, daß wir mit Oesterreich-Ungarn so eng wie möglich Fühlung suchen, aber die Zollgemeinschaft muß bekämpft werden. Auf diese Weise würden wir alles verlieren, was wir in 30 Jahren gewonnen haben.

Landtagsabgeordneter Veich sprach über die wirtschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich. Er forderte einen lädenlosen Zolltarif gegenüber Oesterreich-Ungarn, dem Vorzugszölle gewährt werden müßten, und sprach der deutschen Landwirtschaft die Fähigkeit zu, die Volksernährung sicherzustellen und noch Vorräte anzuhäufeln. Er polemisierte gegen Professor Brentano und gegen die Denkschrift der Münchener Handelskammer. Oekonomierat Falst berichtete über Hopfenbau im Kriege und Hopfenzölle. Schließlich nahm die Versammlung eine Entschliessung an, daß es zur Erhaltung der politischen und volkswirtschaftlichen Machtstellung des Deutschen Reiches unerlässlich sei, an dem bewährten Schutz-zollsystem auch gegenüber Oesterreich-Ungarn festzuhalten.